

NEOLIBERALER TRUPPENAUFMARSCH? NONPROFITS ALS SICHERHEITSDIENSTE IN „BENACHTEILIGTEN“ QUARTIEREN

Volker Eick

Im Folgenden werde ich argumentieren, dass sich der Bedeutungsgewinn des Lokalen im urbanen Raum – ich glaube: nur – als Reaktion auf einen Prozess erklären lässt, der in Teilen der sozialwissenschaftlichen Literatur als neoliberale Globalisierung bezeichnet wird. Insbesondere aus dem Umfeld der neo-marxistisch inspirierten Regulationstheorie (vgl. für den bundesrepublikanischen Kontext Hirsch/Roth 1986; Bruch/Krebs 1996; kritisch Hübner 1989) ist der Reorganisation des Raums und der Regulation dieser Globalisierungs- und Neoliberalisierungsprozesse Aufmerksamkeit gewidmet worden (Brenner/Theodore 2002; Jessop 2002; Peck/Tickell 2002; Harvey 2003). Gleichzeitig stammen wesentliche Impulse für die Diskussion aus der *World City*- bzw. *Global City*-Forschung (für viele Friedmann/Wolff 1982; Sassen 1991; Hitz et al. 1995).

Dabei gehe ich davon aus, dass Prozesse der Neoliberalisierung alle gesellschaftlichen Bereiche – und mithin auch die Kriminalpolitik – umfassen. Insbesondere in der (K/kritischen) Kriminologie – und vor allem im angelsächsischen Raum – sind dazu wesentliche Beiträge geleistet worden, die insbesondere auf die Kommerzialisierung der Sicherheitspolitik und die Privatisierung öffentlichen Raums abgehoben haben (Shearing/Stenning 1983; Sack et al. 1995; Jones/Newburn 1998; Nitz 2000; Dinges/Sack 2000; vgl. Eick 2005c).

Eine sich so herausbildende lokale Kriminalpolitik „zwischen Kommerz und *Community*“ (Eick 2005a) – werde ich im Folgenden mit einem Fokus auf „zivilgesellschaftliche“ An-

sätze innerhalb und im Umfeld des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ als spezifische Antworten auf die neoliberalen Verwerfungen der Globalisierung konzipieren. Was im Zusammenhang eines „aktivierenden Sozialstaats“ (Dahme et al. 2003a) unter Einbindung freier Träger (oder Nonprofits) derzeit diskutiert und praktisch erprobt wird, führt meiner Ansicht nach zu einer spezifischen Form para-polizeilicher Bearbeitung sozialpolitischer Problemlagen, die auf ein *poor policing the poor* (Eick 2003a) zwischen *Containment*- und Ausschließungspolitik hinauslaufen.

Das vorliegende Papier geht auf die Arbeiten an zwei Forschungsprojekten seit 2000 zurück, in denen im Rahmen einer Untersuchung zur Rolle beschäftigungspolitischer Nonprofits im bundesrepublikanischen und US-amerikanischen Sozialstaatsumbau u.a. auch zahlreiche Interviews mit Expertinnen und Experten aus Los Angeles und Berlin geführt wurden, die aktiv an der Umsetzung neuer *Workfare*-Strategien beteiligt sind. Bei allen Differenzen im Detail wird dadurch deutlich, dass der Grad zwischen sozial- und ordnungspolitischer Bearbeitung von Problemen wie Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug schmal ist. Insbesondere die Kriterien „Gemeinnützigkeit“ und „Zusätzlichkeit“ für die Beschäftigung auf dem Zweiten Arbeitsmarkt tragen dazu bei, dass auf der Suche nach neuen Arbeitsfeldern sicherheits- und ordnungspolitische Aufgabenbereiche gefunden werden (müssen), die jenseits von hoheitlichen Aufgaben eher unbestimmt sind und daher ein weites Feld an Beschäftigungsmöglichkeiten bieten (vgl. Eick et al. 2004: 131 ff.). In diesen Text fließen zudem Erträge aus meinem Dissertationsvorhaben zu „Neuen Sicherheitsstrukturen im sich wandelnden Wohlfahrtsstaat“ mit ein, das davon ausgeht, dass wir derzeit einen Prozess beobachten, den ich als neoliberale Globalisierung bezeichne und der Folgen für die Reorganisation und den Bedeutungsgewinn des Lokalen hat, die ich hier anhand des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ unter beschäftigungs- sowie sicherheits- und ordnungspolitischen Aspekten betrachten werde.

Neoliberale Globalisierung und Reorganisation der Sicherheit

Ich gehe davon aus, dass wir gegenwärtig einen Prozess – beginnend in den USA der 1970er Jahre – beobachten, der mit dem Begriff des Neoliberalismus zumindest näherungsweise beschrieben ist und insbesondere von Prozessen der Liberalisierung, Privatisierung und Reregulierung getragen ist (vgl. Tabelle 1). Liberalisierung bezieht sich dabei auf den Grad der

Tabelle 1: Varianten des Schumpeterian Workfare Post-National Regime (nach Jessop 2002)

<p>Neoliberalism</p> <p>Liberalisierung – Stärkung des freien Wettbewerbs Deregulierung – Zurückdrängen der Rolle von Recht und Staat Privatisierung – (Aus)Verkauf der öffentlichen Infrastruktur Verbreitung der Marktlogik im verbliebenen öffentlichen Sektor Internationalisierung – „freier“ Handel nach Innen und Außen Steuerreduzierung – Stärkung der Nachfrage(-auswahlmöglichkeiten)</p>
<p>Neostatism</p> <p>Von der Staatskontrolle zur regulierten Konkurrenz begleitende nationalstaatliche Strategie statt top-down-Politik Beaufsichtigung des privaten und öffentlichen Sektors Public-Private Partnerships (PPP) unter staatlicher Führung Neo-merkantilistischer Schutz der Kernökonomie Ausweitung der Rolle „neuer“ kollektiver Akteure</p>
<p>Neocorporatism</p> <p>Neuausrichtung von Konkurrenz und Kooperation De-zentralisierte „regulierte Selbstregulation“ Ausweitung und Ausdifferenzierung privater, staatlicher und anderer „stakeholders“ Ausweitung der Rolle von PPP Schutz der Kernökonomie in einer offenen Ökonomie hohe Besteuerung zur Finanzierung sozialer Infrastruktur (to finance social investment)</p>
<p>Neocommunitarianism</p> <p>De-Liberalization – Begrenzung des freien Wettbewerb Empowerment – Erweiterung der Rolle des Dritten Sektors Socialization – Ausweitung der sozialen Ökonomie Betonung des sozialen Gebrauchswerts und sozialen Zusammenhalts fairer, nicht freier Handel; think global, act local Umlenkung von Steuern – Bürgerlohn (citizens' wage, carers' allowances)</p>

Markttöffnung; Privatisierung repräsentiert die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in vormaligen staatlichen Unternehmen bzw. Institutionen; Reregulierung beschreibt die im Zuge von Liberalisierung und Privatisierung notwendigen Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung eines funktionierenden Wettbewerbs und der Absicherung infrastruktureller Erfordernisse.

Diese Neoliberalisierung ordne ich in den parallel zu beobachtenden, analytisch aber davon zu trennenden Prozess der Globalisierung ein, die aus meiner Sicht treffender mit dem Begriff Glokalisierung bezeichnet wird, denn wir beobachten einerseits einen Bedeutungsgewinn der supra-staatlichen wie auch der lokalen Ebene bzw. entsprechend ausgerichteter Institutionen (Swyngedouw 1997). Meine Mutmaßung ist, dass sich auf unterschiedlichen Ebenen (*scales*) jeweils stärker neo-liberale, neo-staatliche, neo-korporatistische bzw. neo-kommunitaristische Elemente identifizieren lassen; meine Hypothese, dass sich auf der lokalen Ebene neo-korporatistische und neo-kommunitaristische Elemente ein Stell-die-ein geben, um so die Auswirkungen neoliberalen Handelns und neuer Staatlichkeit auf der (supra- bzw.) national-staatlichen Ebene abzufedern.

Zugleich ist in der Literatur strittig, ob es sich überhaupt um Globalisierung (nicht etwa „nur“ Internationalisierung, Triadisierung etc.) handelt. Mir selbst scheint das hier nicht zentral zu sein, denn völlig unstrittig ist, dass von staatlicher, kommerzieller und „zivilgesellschaftlicher“ Seite zumindest die Debatte zur Globalisierung weitgehend einheitlich geführt und (akzeptierend) bearbeitet wird.¹

1995 fragte Detlef Nogala „Was ist eigentlich so privat an der Privatisierung sozialer Kontrolle?“ und unterschied überaus instruktiv zwischen „autonome[m] oder staatsbeaufsichtigte[m] „Vigilantismus“ auf der einen und „der kommerziellen zivilen Sicherheitsindustrie“ auf der anderen Seite (258). Er hat

1 Vgl. etwa aus staatlicher Perspektive Dahme/Wohlfahrt 2002; aus kommerzieller Stober/Olschok 2004; aus „zivilgesellschaftlicher“ Eick 2004a.

damit die unterschiedlichen Handlungslogiken von Bürgerwehren (autonome „zivilgesellschaftliche“ Organisationsform) und etwa Bürgerwachen (staatlich beaufsichtigte Organisationsform) sowie Sicherheitsdiensten (Profit orientierte Organisationsform) verdeutlicht (Eick 1998; Olschok 2004).

Fünf Jahre später hat Michael Lindenberg (2000) mit dem Begriff der „Kommunalen Hilfsdienste“ ein Phänomen zu bezeichnen versucht, das weder eine Form des „Vigilantismus“ noch der „Kommerzialisierung“ darstellt, weil hier, so Lindenberg, mit Instrumenten der aktiven – heute: aktivierenden – Beschäftigungspolitik (ehemals) Erwerbslose und Sozialhilfeempfangende im Auftrag der Kommunen Sicherheits-, Ordnungs- und/oder Sauberkeitsdienstleistungen (im Folgenden: SOS-Dienstleistungen) erbringen. Der Ertrag dieser Beobachtung liegt auch hier auf der Hand, denn erstmals wird die Verknüpfung von Beschäftigungs- und Sicherheitspolitik thematisiert, auch wenn Lindenberg vor allem die *kommunale* Erbringung von SOS-Dienstleistungen (statt der nationalstaatlichen) im Blick hat.

Weiter sind im gleichen Zeitraum kommunale Präventionsräte, Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften, Sicherheitswachen und Freiwillige Polizeidienste etabliert worden, die sich zum Teil als „Vigilantismen“ à la Detlef Nogala beschreiben lassen (vgl. van Elsbergen 2004). Ihre lokalspezifisch unterschiedlichen Ausformungen haben – wie die Herausbildung von Bürgerwehren und das Wachstum kommerzieller Sicherheitsdienste – Eingang in die sozialwissenschaftliche Literatur gefunden. Vor allem dem privaten Sicherheitsgewerbe und Ansätzen Kommunalen Kriminalprävention wurde dabei Aufmerksamkeit geschenkt (zu privaten Sicherheitsdiensten vgl. Mahlberg 1988; Bueß 1997; Ottens et al. 1999; Pitschas 2000; Nitz 2000; zur Kommunalen Kriminalprävention vgl. Kury 1997; zu Bürgerwehren Hitzler 1994). Weitgehend einheitlich werden dabei als neue Trends in der (Re-)Organisation bundesrepublikanischer Innerer Sicherheit die kleinräumige lokale Orientierung solcher Initiativen sowie eine als Privatisierung staatlicher Aufgaben charakterisierte Entwicklung hervorgehoben. Auch die Herausbildung von Operativen Gruppen und Sondereinheiten der Landespolizeien, des Bundesgrenzschut-

zes und des Zolls als Bundesfinanzpolizei, die sich gezielt spezifischer Bevölkerungsgruppen oder städtischer Räume annehmen und mit dem privaten Sicherheitsgewerbe verstärkt so genannte Sicherheitspartnerschaften eingehen, belegen diese Trends.²

Damit lässt sich insgesamt auch der Bedeutungsgewinn des Lokalen – zu charakterisieren auch als (Re-)Kommunalisierung – belegen, wenn etwa weitergehend an den Aufbau des Außendienstes der Ordnungsämter in Berlin (Eick 2004c) oder Frankfurt a.M. (Beste 2001) gedacht wird. Bisher wenig Aufmerksamkeit wurde hingegen Hilfs- und Ordnungsdiensten geschenkt, die in der vergangenen Dekade unter der (An-)Leitung freier gemeinnütziger Träger (Nonprofits) in diesem Marktsegment tätig geworden sind (vgl. Tabelle 2).

Diese Leerstelle in der kriminologischen und kriminalpolitischen Diskussion hat ihren Grund. So ist Michael Lindenberg (2000) zuzustimmen, der mutmaßt, diese Organisationen und die von ihnen etablierten Projekte und Programme entzogen sich der Diskussion, weil sie – „zumindest auf den ersten

*Tabelle 2: Nonprofits im Sicherheits- und Ordnungsbereich in Berlin**

Jahr	Anzahl beteiligter Nonprofits	Beschäftigte bei Nonprofits
1998	8	381
1999	21	1.794
2000	23	1.697

* Wegen veränderter Datenerhebung ist ein sinnvoller Vergleich mit den Zahlen von 2001 und 2002 nicht möglich; für die Zeit vor 1998 liegen (mir) keine Daten vor.

*Quellen: Senatsverwaltung für Arbeit Berlin 1999 ff.;
eigene Berechnungen*

-
- 2 Nach Mecklenburg-Vorpommern hat zuletzt das Bundesland Berlin einen entsprechenden Vertrag mit dem privaten Sicherheitsgewerbe abgeschlossen (IHK Berlin 2002; vgl. Expertenkommission 2001).

Blick – keine ordnungspolitischen oder kriminalpolitischen Funktionen“ haben. Vielmehr sind sie als Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik konzipiert und scheinen so wenig anschlussfähig an die kriminologisch-kriminalpolitische Diskussion zu sein.

Sozialräumliche Ansätze in der Beschäftigungspolitik

Auch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die aktive Arbeitsmarktpolitik, in der Bundesrepublik bisher klassisch auf so genannte Zielgruppen orientiert, verortet sich heute verstärkt sozialräumlich und fühlt sich insbesondere *lokalen* Ansätzen verpflichtet (vgl. Eick et al. 2004; für die Soziale Arbeit: Kessl/Otto 2004; für sozialstaatliche Veränderungen insgesamt: Dahme et al. 2003). Ausdruck davon sind nicht nur die Modifizierungen und Neuerungen, die in den 1990er Jahren im Arbeitsförderungsrecht und Bundessozialhilfegesetz auf nationalstaatlicher Ebene vorgenommen wurden und so der lokalen Ebene mehr Handlungsspielräume eröffnen sollten. Vielmehr sind unabhängig davon zahlreiche neue Kooperationsformen und Handlungsansätze in der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik auf lokaler Ebene auch jenseits rechtlicher Vorgaben entstanden, in die zunehmend auch privatwirtschaftliche Anbieter einbezogen werden. Die Parallele zu den oben skizzierten Entwicklungen im Bereich Innerer Sicherheit überrascht wenig, folgt sie doch der gleichen Logik, dass nur durch das gemeinschaftliche Handeln aller hinreichend Problemlösungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden können. Das entspricht dem Bedeutungszuwachs, den das Lokale und die *Gemeinschaft* bzw. der für die deutsche Diskussion weniger verfängliche Begriff der *Community* in den vergangenen Jahren gewonnen haben (Rose 1996). Auch die Stadtentwicklungs- und Wirtschafts(förderungs)politik orientieren sich zunehmend an lokalen Strukturen im „aktivierenden Sozialstaat“,

den Bob Jessop (2002) mit dem Begriff des „schumpeterianischen *Workfare*-Regime“ und Joachim Hirsch (2002) mit dem Begriff des „nationalen Wertbewerbsstaats“ zu fassen suchen.

Paradigmatisch für so ausgerichtete Handlungsansätze sind die seit Mitte der 1990er Jahre in verschiedenen Bundesländern entwickelten Quartiersmanagementkonzepte, die seit 1999 mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ auch bundespolitische Unterstützung erfahren (Becker/Löhr 2000; Walther 2002). Integrierte, ressortübergreifende und ganzheitliche Ansätzen sollen in „benachteiligten“ Wohngebieten einen Beitrag zur Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen leisten, das Quartier sozial stabilisieren und die Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit animieren, um so als verschüttet oder nicht mehr vorhanden angesehene zivilgesellschaftliche Potentiale wieder erschließen zu können (Lanz 2000). Solche Ansätze sind mit einer Vielzahl von „Zumutungen“ ausgerechnet für diejenigen verbunden, die ohnehin besonders von den neoliberalen Verwüstungen betroffen und auf Arbeitslosigkeit, Armut und Krankheit verwiesen sind.

Quartiersbezogene Ansätze gelten seit einigen Jahren sowohl in (kritischer) Sozialwissenschaft wie in EU-Programmen als fortschrittliche und angemessene Antworten auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Marginalisierungsprozesse (vgl. Campbell 1999; Krummacher et al. 2003a; Mayer 2003; Eick et al. 2004). In der Bundesrepublik wurden die spezifischen Armutsentwicklungen und Ausgrenzungsmuster in städtischen Regionen von staatlicher Seite im internationalen Vergleich jedoch erst relativ spät als eigenständige Handlungsfelder entdeckt. Lange Zeit konzentrierten sich die unterschiedlichen Förderinstrumentarien, so z.B. zur behutsamen Stadterneuerung im Berlin der 1980er Jahre, mehr auf die Verbesserung der baulichen Infrastruktur als auf die Integration von wohnungs-, sozial-, beschäftigungs- und strukturpolitischen Maßnahmen. Es waren vor allem Selbsthilfeinitiativen und (inzwischen institutionalisierte) Teile der neuen sozialen Bewegungen, die über bürokratische Hindernisse und den Widerstand der Verwaltungen hinweg innovative Ansätze (Verknüpfung von sozialen, ökologischen und feministischen Inhalten) entwickelten und damit begannen, über die Nutzung

unterschiedlicher Förderquellen neue und als gesellschaftlich sinnvoll bezeichnete Betätigungsfelder für sozial marginalisierte Gruppen zu erschließen.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“³ und die jüngsten Stadtentwicklungsprogramme der Länder⁴ verdeutlichen nunmehr den nachholenden Trend in der staatlichen Politik und Problemwahrnehmung bundesrepublikanischer Akteure. Nicht zuletzt die Aufgaben des Dritten Sektors⁵ werden dabei neu bestimmt. Im Rahmen eines übergreifenden Konzepts, das in der Regel mit dem „aktivierenden Sozialstaat“ umschrieben wird, kommt freien Trägern in der bundesrepublikanischen Sozial-, Beschäftigungs-, aber auch Sicherheitspolitik eine zunehmend ambivalente Rolle zu. Zum einen werden sie von den Verwaltungen gezielt in neue Netzwerke und Kooperationsformen eingebunden, zum anderen geraten sie angesichts der veränderten Politik gegenüber Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern, die darauf abzielt, staatliche Leistungen stärker mit einer strikten Arbeitsverpflichtung zu verknüpfen (*Workfare*), in die zwiespältige Situation, neue Ausgrenzungs-

3 Der vollständige Titel lautet Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“.

4 Vgl. etwa das Hamburger, zunächst „Armutsbekämpfungsprogramm“ genannte Projekt (seit 1994), die „Hessische Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘“ (HEGISS seit 2001); zuvor Hessisches Projektnetz Wohngebiets- und Stadtteilmanagement (HEP-NEST seit 1997), das nordrhein-westfälische „Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (seit 1993) oder das seit 1998 laufende Berliner „Quartiersmanagement“ (QM). Neben zahlreichen EU-Programmen wie „URBAN I/II“ sollen auch Bundesprogramme wie „Entwicklung und Chancen junger Menschen“ (E&C) und „Lokales soziales Kapital“ (LOS) die Entwicklungen in den Quartiersmanagementgebieten unterstützen.

5 Der Begriff „Dritter Sektor“ beschreibt das Konglomerat aus gemeinnützigen Organisationen, gemeinnützigen Vereinen und Betroffenenengruppen (vgl. Anheier et al. 1997), die auch unter Begriffen wie Nonprofit-Organisationen, freie Träger, soziale Unternehmen oder Dritt-Sektor-Organisationen firmieren.

prozesse mittragen und vermitteln zu müssen. Ich skizziere im Folgenden die Grundgedanken des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“⁶ und stelle diese in den Kontext eines aktivierenden Sozialstaats, der kleinräumig auch das Politikfeld der Inneren Sicherheit restrukturiert und zu neuen ausdifferenzierten lokalen Sicherheitsregimes führt.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

Programmatisch zielt das Bund-Länder-Programm auf die soziale Stabilisierung „benachteiligter“ Quartiere und ihrer BewohnerInnen, die mit *Empowerment*-Strategien zu eben dieser Stabilisierung „aktiviert“ werden sollen. Schließlich geht es um eine Verwaltungsmodernisierung, die Ressort übergreifend und (fiskalische) Ressourcen schonend in den lokalstaatlichen Administrationen eine betriebswirtschaftliche Handlungslogik entwickeln und durchsetzen soll (vgl. im Überblick Krummacker et al. 2003a). Mit diesem als (sozial-)integrativ bezeichneten und auf die (Wieder-)Herstellung sozialer Kohäsion zielenden Ansatz⁷ scheint das Quartiersmanagement anknüp-

6 Im Folgenden benutze ich die Begriffe „Bund-Länder-Programm“ und „Quartiersmanagement“ sowie „Soziale Stadt“ synonym.

7 So vage das Konzept, so vage auch die verwendeten Begrifflichkeiten, mit denen heute – nicht nur – im Quartiersmanagement gearbeitet wird. Auf diesen (Begriffs-)Wandel verweisen etwa Thomas Maloutas und Maro P. Malouta (2004: 449f.), die mutmaßen, dass die „social cohesion terminology has become part of the political realism which brings closer conservative policies and discourses, seeking to avoid the consequences of neoliberal intransigence, to the efforts of the (governing) Left to preserve some elements of a feasible social project. The question is whether and to what extent such notions are or could be fuelling practices that may effectively promote social justice [...] Aiming at social cohesion through (urban)

fungsfähig sowohl an die Gemeinwesenarbeit der 1960er oder 1970er Jahre, an (Vorläufer-)Programme wie die behutsame Stadterneuerung der 1980er Jahre und an die in den 1990er Jahren intensiv geführte Debatte um das Neue Steuerungsmodell in den Verwaltungen.⁸ Gleichzeitig hat sich bisher weder in der Politik noch in den Sozialwissenschaften eine einheitlich akzeptierte Definition für Quartiers- oder Stadtteilmanagement durchsetzen können (vgl. Alisch 1998; Hinte 1998; Franke/Grimm 2001: 5 f.; Walther 2002; Grimm 2004: 130 ff.). Gleichwohl destillierten sich auf Bundesebene insgesamt rund 20 Handlungsfelder für das Quartiersmanagement heraus, die sich vor Ort in diversen Zielkatalogen niederschlagen (DIfU 2003: 100 f.; vgl. ARGE BAU 2000; Krummacher et al. 2003a; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2003).

Diese Zielkataloge (hier nach DIfU 2002) weisen etwa Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung, Wertschöpfung im Gebiet, vor allem aber soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur, Schulen und Bildung und Gesundheitsförderung als Themen aus, umfassen Stadtteilkultur, Sport und Freizeit und das Zusammenleben im Stadtteil. Von Bedeutung sind der Wohnungsmarkt und die Wohnungsbewirtschaftung, das Wohnumfeld und insbesondere der öffentliche Raum; diesem letztgenannten Themenfeld ist zwei Jahre später der Begriff Sicherheit angefügt worden (DIfU 2003: 101). Image und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Befähigung (*Empowerment*), Artikulation und politische Partizipation werden ebenso genannt. Auch im Berliner Quartiersmanagement finden wir ähnliche

governance is pursuing an ill-defined object by equally ill-defined means. [...] At the same time, however, vague concepts can be politically attractive if they can successfully accommodate different meanings appealing to different audiences.“

- 8 Grimm (2004: 135) schreibt, „[f]ür die Stadtplanung knüpft Quartiermanagement an die Strategie der ‚behutsamen Stadterneuerung‘ an [...], die Gemeinwesenarbeit sieht darin eine Weiterentwicklung des Arbeitsansatzes [...], und im Einzelhandel werden damit Strategien bezeichnet, die trading-down-Prozessen [...] entgegenwirken sollen“ (Hervorh. im Original).

Ziele, ebenso im nordrhein-westfälischen Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, die jeweils „besseres Sicherheitsniveau“ und „Kriminalprävention“ als Themengebiete nennen (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2000: 28; DiFu 2000: 32; empirica 2004: 5).

Während zu Beginn investiv-bauliche Maßnahmen das Programm dominierten und so vor allem Instandsetzungen, Wohnumfeldmaßnahmen und teilweise Neubauten im Vordergrund standen, ist – soweit überhaupt detailliertere Studien vorliegen – die sonstige Ausgestaltung der Handlungsfelder vor Ort durch eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Aktivitäten gekennzeichnet. Sie reicht im Handlungsfeld „Zusammenleben im Stadtteil“ – bereits hier bestehen sehr disparate Vorstellungen, was „Zusammenleben“ bedeuten könnte – etwa von der Finanzierung von Sprachkursen für MigrantInnen, die staatlicherseits keinen Anspruch auf solche Förderung haben (so in Berlin-Kreuzberg), bis zu Zuzugsbeschränkungen für arabische und türkische Großfamilien (so z.B. in Berlin-Neukölln); dass letzteres Quartier für seine Aktivitäten im Jahr 2000 mit dem Sonderpreis „Soziale Stadt“ ausgezeichnet wurde, darf zumindest verwundern (Eick 2001; 2004b).

Einige Autoren gehen mittlerweile davon aus, dass gerade diese Differenzen *von Fall zu Fall* und *von Ort zu Ort* die besondere Qualität des Programms ausmachen und als Vorteil gewertet werden können, denn damit sei eine zielgenaue und problemadäquate Reaktion auf lokale Probleme wahrscheinlicher (Franke/Löhr 2000; Franke 2003; Grimm 2004: 133 f.; vgl. Eick 2004a). Während sie dabei meist hoffnungsfroh auf die Potentiale des Programms blicken, ist eine solche Lesart auch anschlussfähig an kritische Beobachtungen, die die besondere Betroffenheit urbaner Ökonomien und Sozialräume durch den Globalisierungsprozess und eine neoliberale Wirtschaftspolitik betonen und von einem *roll-out neoliberalism* sprechen, der einer spezifischen Abfederung auf der lokalen Ebene durch unterschiedliche Akteure bedarf und dabei auch zu (neuen) Ausgrenzungsprozessen führt (vgl. Eisenschitz/Gough 1996; Peck 2001; Peck/Tickell 2002; Brenner et al. 2003; Eick et al. 2004). Dieser Zusammenhang kann hier nicht entwickelt werden. Das Konzept des *roll-back* versus *roll-out neoliberalism*

beschreibt im Kern, dass nach den (noch nicht abgeschlossenen) Angriffen auf die fordistische Formation der Wohlfahrtsstaaten unterschiedlicher Prägungen in den 1980er und frühen 1990er Jahren eine neue Phase begann. In dieser nachfolgenden Phase schrieben sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten die (Re-)Konstruktion eines schumpeterianischen *Workfare*-Regimes auf ihre Fahnen. Was in den USA als ideologischer Angriff schon in den 1970er Jahren mit einigen lokalen Modellprogrammen begann und 1996 unter der Überschrift „*ending welfare as we know it*“ (Clinton) bundesweit vollendet wurde, fand in der Bundesrepublik seinen Ausgangspunkt mit dem Schröder-Blair-Papier eines „Dritten Weges“ und sein (vorläufiges) Ende mit den Hartz-Gesetzen. Aus dieser Perspektive sind die lokalstaatlichen Aktivitäten, zu denen das *Outsourcing* von Tätigkeitsfeldern aus den Verwaltungen, die Einschaltung (intermediärer) privatwirtschaftlicher Agenturen und Programme wie das Quartiersmanagement gehören, als Reaktionen auf neoliberale Zumutungen (und als Beleg für Globalisierungsprozesse) interpretierbar. Gleichzeitig sind der lokale Staat und seine Intermediären nicht etwa nur *Getriebene*, sondern auch *treibende* Akteure bei der aktivierenden Ausgestaltung neuer *Governance*-Strukturen auf der lokalstaatlichen Ebene.

Das Bund-Länder-Programm im *Workfare*-Staat

Der Lokalstaat und die weiteren Akteure vor Ort haben also durchaus Handlungsspielräume bei der Ausgestaltung ihrer Politik vor Ort. Das betrifft beispielsweise den Bereich aktiver Arbeitsmarktpolitik sowie die Veränderungen der Beschäftigungspolitik insgesamt, die auf den Abbau von Leistungsrechten, verstärkte Sanktionen bei fehlender Kooperation(-sbereitschaft), die (zwangsweise) Vermittlung in Niedriglöhne und die Gewährung von Leistungen nur noch bei erbrachten Gegenleistungen und Beachtung rigider Verhaltenskodizes

(*Workfare*) fokussieren (vgl. Eick et al. 2004; Völker 2005). Kommerzielle Anbieter, das Quartiersmanagement und beschäftigungspolitisch aktive Nonprofits greifen in dieser Situation – noch vor Hartz IV und Agenda 2010 – auf punitive Elemente zurück, und einige haben sich, wie Helga Spindler (2003: 12) schreibt, als „Agenturen für Arbeitsdienste“ [...] schon profiliert.“ So wirbt etwa ein beschäftigungspolitisch aktiver Nonprofit in Berlin explizit mit seiner Fokussierung auf den Niedriglohn und damit, dass er „dem Arbeitsamt gegenüber Hinweise auf Arbeitsunwilligkeit von Maßnahmeteilnehmern“ gibt (Eick 2004a). Mitarbeiter der in so genannten benachteiligten Quartieren installierten Nonprofit-Arbeitsvermittlungen teilten mit, dass sie Leistungsempfänger in zum Teil deutlich unter dem Tarif- bzw. ortsüblichen Lohn liegende Beschäftigungsverhältnisse vermitteln (Eick et al. 2004: 144 ff.). Auch im Quartier Kottbusser Tor (Kreuzberg) orientiert sich das Quartiersmanagement an *Workfare*-Ansätzen, denn die zuständige Quartiersmanagerin fordert im Rahmen einer Ausbildungsplatzvermittlung Jugendliche auf, „mit vollständigen Unterlagen und in angemessener Kleidung zu erscheinen. Dadurch werden laut Auskunft der Quartiersmanagerin bereits rund die Hälfte der Anfragenden abgeschreckt“ (Fritsche 2003: 86): „Wesentliche Funktion der Arbeitsplatzvermittlung ist die Lebensstilregulierung, die durch die Konfrontation der Jugendlichen mit Arbeitsmarkttugenden wie Pünktlichkeit, Sauberkeit und Zuverlässigkeit erreicht werden soll“ (ebd.: 87). Eine Vertreterin aus einem der drei Quartiersmanagementgebiete im Berliner Bezirk Neukölln berichtete unlängst auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass „wir dafür gesorgt haben, dass ein Jugendhilfeträger keine Förderung durch das Arbeitsamt mehr erhält, weil der sich geweigert hat, mit der Polizei zusammenzuarbeiten.“⁹ Die mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 verbundenen Restriktionen und Verschärfungen für arbeitsfähige Leistungsempfänger und damit die Verpflichtungen freier Träger, eben

9 Die Tagung fand am 11. Mai 2004 unter dem Titel „Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften“ in Berlin statt.

jenen Druck zu entfalten, dürften sich auch weiter im Quartiersmanagement niederschlagen und die Verpflichtung zur „Arbeit um jeden Preis“ an den so genannten sozialen Brennpunkten aktualisieren.¹⁰ Die bisherige Entwicklung verweist zugleich auf einen ungleich problematischeren Entwicklungspfad innerhalb des Quartiersmanagement.

Denn auch in die Produktion von Sicherheit und Ordnung ist das Quartiersmanagement vielfältig eingebunden. Damit ist an sich kein neues Spannungsfeld etwa zwischen Sozialarbeit und Polizei entstanden, denn Konflikte zwischen diesen beiden Akteursgruppen gab es bereits in den 1970er und 1980er Jahren. Das Bestreben der Polizei, in die (Straßen-)Sozialarbeit eingebunden zu werden bzw. ihren ordnungspolitischen Blick der Jugendarbeit zu oktroyieren, ist vielfach belegt (Gangway 1997: 291 ff.). Zumindest in Einzelfällen sind durch das Quartiersmanagement die Zugangsbedingungen für die Polizei in die Quartiere erweitert und erleichtert worden (Eick 2003b: 72). In einem Neuköllner Quartiersmanagement etwa meldete das Quartiersteam der polizeilichen „Operativen Gruppe Jugendgewalt“ (OGJ) diejenigen (Migranten-)Jugendlichen namentlich und mit Adressen, die ihnen als so genannte Intensivtäter galten; die Jugendlichen erfuhren entsprechend eine spezielle Behandlung durch die Polizei und sind in ein rigides Kontrollregime – ohne vorherige Einschaltung sozialarbeiterischer Interventionsagenturen – eingebunden worden. Mehr noch, Jugendhilfeträger, die eine Kooperation mit der Polizei verweigerten, wurden durch das Quartiersmanagement ausgeschaltet.

Dem Quartiersmanagement vergleichbare (und inzwischen mit ihm fusionierte) Strukturen sind Anfang der 1990er Jahre durch die forcierte Einführung so genannter Kriminalpräventiver Räte auf der lokalen Ebene entstanden. Sie nährten die (vielfach bestätigte) Befürchtung, dass durch diese Fokussierung auf Kriminalität sozialpolitische Problemlagen in einen

10 Entsprechend macht die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin und auf Bundesebene für diese Quartiere unter der Überschrift „Hartz IV – Polizei soll Arbeitsämter schützen“ mobil; Dolif 2004.

ordnungspolitischen Kontext gestellt werden bzw. dass sozialpolitische Forderungen nur noch mit kriminalpolitischen Begründungen durchgesetzt werden können.¹¹ Norbert Pütter (2002: 78) hat darauf hingewiesen, dass – gleichsam umgekehrt – durch die Beliebtheit des Präventionsbegriffes (nahezu) alle „lokal sicht- oder erfahrbare[n] Phänomene in eine kriminalpräventive Argumentation eingebunden werden“ können¹² und – unter Ausklammerung parlamentarischer Verfahren – selektiven Beteiligungsmechanismen und einer Entpolitisierung sozialpolitischer Problemlagen Vorschub geleistet wird.

Einige Autoren betonen zudem, dass die Installation solcher Programme mit dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen einherging und -geht. Entsprechend charakterisierten sie Kriminalpräventive Räte als „unbefriedigende Versuche, die Demontage des Sozialstaats zu kompensieren“ (Lehne 1998: 125). Tatsächlich werden große Teile der sozialen Infrastrukturdienstleistungen in den Kommunen gekürzt oder gestrichen, während gleichzeitig verbleibende Teile in die Verantwortung kommerzieller Anbieter, freier Träger und des Quartiersmanagements delegiert werden – ohne sie mit adäquaten Finanzmitteln auszustatten. Kriminalprävention ist mittlerweile gleichsam *natürlicher* Bestandteil des Bund-Länder-Programms, und mit teilweise bedrückendem Halbwissen wird von den Akteuren des Bund-Länder-Programms dem *Broken Windows*-Ansatz (vgl. dazu Dreher/Feltes 1997; Ortner et al. 1998; McArdle/Erzen 2001) das Wort geredet (Schuleri-Hartje 2002; vgl. Kürpick/Murböck 1997) und damit einem „punitiven Paternalismus“ (Lessenich 2002) der Weg bereitet.

11 Vgl. Kury 1997. Diese Kriminalpräventiven Räte hatten durchaus ihre Vorläufer – nicht zuletzt den Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der DDR (vgl. Hausmann/Hornbostel 1997).

12 Pütter (2002: 78) schreibt erläuternd, „der Jugendtreff wird nicht eingerichtet, weil die Jugendlichen einen eigenen Ort brauchen, sondern damit sie nicht mehr die Anwohner öffentlicher Plätze belästigen [...], Randgruppen werden aus den Innenstädten nicht wegen städtischer Imageinteressen verdrängt, sondern zur Sicherung des Sicherheitsgefühls etc.“

Da beiden Programmen die Vorstellung gemein ist, alle Akteure hätten an einem Strang zu ziehen und im Sinne einer (Selbst-)Aktivierung zusammenzuarbeiten, sind sie explizit (Präventionsräte) oder implizit (QM) Einfallstor für ordnungs- und sicherheitspolitisch begründete Handlungsstrategien. Gleichzeitig stellen sie eine Zugangs- wie Wissensressource der Polizei dar – mit hoch problematischen Folgen für die Handlungslogiken und -möglichkeiten einer sich (noch) kritisch verstehenden sozialen Arbeit.

Das Bund-Länder-Programm als neue Ordnungsmacht

Doch auch ohne explizite Integration von Ordnungsämtern oder Polizeikräften in das Quartiersmanagement spielen Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung dort eine zunehmend wichtige Rolle. Dabei ist es einigermaßen schwierig, die entsprechenden Aktivitäten zu identifizieren, denn sie firmieren meist schlicht als Beschäftigungsmaßnahmen (mit oder ohne Qualifizierungsanteil), die durch die Arbeitsagenturen oder Sozialämter finanziert werden, ohne dass expliziert wird, mit welchen Aufgaben Erwerbslose und Sozialhilfeempfangende in den Maßnahmen beauftragt sind.

Einige Beispiele aus den derzeit insgesamt 17 Berliner QM-Gebieten können jedoch erhellen, worin die Tätigkeiten solcher Dienste bestehen und warum es gerechtfertigt scheint, hier von einem neoliberalen Truppenaufmarsch im aktivierenden lokalen Sicherheits- und Ordnungsstaat zu sprechen (vgl. Tabelle 3). Begünstigt durch die Skandalisierung verschiedener linker Aktivisten vor Ort, die mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Ausgrenzung so genannter Randgruppen (Wohnungslose, Trinkermilieus, Migrantenjugendliche) entgegneten, sind die Aktivitäten von Quartiersmanagement und Nonprofit-Sicherheitsdiensten am Helmholtzplatz im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg mittlerweile gut dokumentiert (vgl. Holm 2001a; b; Wiesch 2002: 89 ff.; Eick 2003a: 374 ff.). Der

Helmholtzplatz steht, wiewohl durch wissenschaftliche Studien im Vorfeld des Quartiersmanagement als „Verdachtsgebiet“ für sozialen Niedergang ausgewiesen, unter Gentrifizierungsdruck (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 1998; vgl. Wiesch 2002). Zugleich ist er aber auch die 1a-Lage für das lokale und Teile des überlokalen Trinkermilieus, Punks, Obdachlose, Trebekids und einige Konsumenten sowie Händler (illegalisierter) Drogen (gewesen).

Eine neu hinzugezogene kaufkraftstarke und konsumfähige Mittelschicht mit den dazugehörigen Restaurants und Kneipen betrachtete – insbesondere nach der erfolgten Renovierung des Platzes im Jahr 2001 – den Helmholtzplatz fortan als *ihren* Standort und ließ das entstehen, was mit einem gewissen *Understatement* als Nutzungskonflikt bezeichnet werden kann. Eine *Lösung* dieses Konfliktes erfolgte durch eine „ausgrenzende Einbeziehung“ (Holm 2001b: 8) unter Beteiligung des Quartiersmanagements, das sich die Aufwertung des Gebietes zur Aufgabe und gemeinsam mit Polizei und Bezirksamt das Ziel der Verdrängung der genannten Randgruppen zu Eigen gemacht hat. Wiesch (2002: 79, 94) schreibt, „es sollten keinerlei Angebote für die Obdachlosen und Trinker geschaffen werden“, und das Quartiersmanagement „sieht seine Aufgabe weniger in Integrationsmaßnahmen, als in der Verbesserung des Quartiers, mit dem Ziel, Familien anzulocken, den öffentlichen Raum aufzuwerten und das Sicherheitsgefühl zu verbessern.“ Ein eigens entwickeltes Konzept *Soziale Arbeit* legte fest, dass „erst wenn positive Nutzungen störungsfrei auf dem Platz stattfinden können, können Versuche unternommen werden, die Personengruppe [die Obdachlosen, V.E.] und ihr abweichendes Verhalten zu integrieren“ (zit. n. Holm 2001a: 10).

Dabei kam es zu einem abgestuften Ausgrenzungs- und Einbeziehungskonzept. Während Benutzer illegal(-isiert)er Drogen unter das Kuratel der Polizei gerieten – und diese auch gegen quartiersfremde Trinker vorging –, haben „Benutzer nicht illegaler Drogen, die in der Umgebung wohnen, [...] inzwischen fast so etwas wie eine Hausmeister- oder Platzwächterfunktion“ gegenüber ortsfremden Trinkern übernommen, und sind „damit selbst zum Teil der Kontroll- und Ausgren-

zungsstrategien“ geworden (Holm 2001b: 9). Gegen ortsfremde Trinker, Punks und Trebekids wurde ergänzend durch das QM ein aus einer ABM finanzierter Nonprofit-Sicherheitsdienst installiert, der nun für das sorgen soll, was Quartiersmanagement und der neuen Bewohnerschaft als Sicherheit und Ordnung gilt.

Das Kottbusser Tor im Bezirk Kreuzberg beherbergt die größte offene Drogenszene in Berlin und ist – wie das Quartiersmanagementgebiet Helmholtzplatz – zugleich ein „gefährlicher Ort“ nach dem Berliner Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), an dem die jeweilige Polizeidirektion Bürgerrechte suspendieren, verdachtsunabhängige Taschen-

Tabelle 3: Nonprofit-Sicherheits- und Ordnungsmarkt, Berlin (1999-2001)

Träger	Teilnehmer	Sozialraum	Zielgruppe	Partner*
Jugend für ein sauberes Berlin e.V.	220 ABM	Grünflächen Wälder	Umwelt-„Sünder“	Umwelt- polizei
Jahreszeiten gGmbH	75 ABM	Öffentlicher Raum	Hundehalter Fahrradfahrer	(Securitas GmbH)
Internationaler Bund e.V.	64 ABM (JUSOPRO)	Quartiers- management	Migranten Drogenkonsu- menten	Gegenbauer- Bosse GmbH
Berlin macht mit e.V.	42 ABM 4 BSHG	Quartiers- management	Obdachlose Alkoholiker	- -
IHS BQ gGmbH**	305 ABM, SAM, BSHG	ÖPNV (BVG, Bahn)	Schwarzfahrer Obdachlose	IHS GmbH (IHS GmbH)***
Social-Cop GmbH	k.A. (BSHG, ABM)	Öffentlicher Raum	Migranten Prostituierte	(Deutscher Wachschutz GmbH)
Lowtech gGmbH (1994)	15 BSHG	Öffentlicher Raum	- -	Ordnungs- amt
bbw. Bildungswerk der Wirtschaft e.V. (1999)	25 ABM (JUSOPRO)	Potsdamer Platz	Obdachlose Punks	Securitas GmbH
	gesamt: 750			

* Aktuelle Kooperationspartner (in Klammern: Gründungsfirmen)

** seit 2002: BIQ gGmbH

*** seit 2004: Bildungsmarkt e.V. *Quelle: Senatsverwaltung für Arbeit 1999; 2001b*

und Identitätskontrollen anordnen und durchführen kann (Eick 2003b: 76).

Es kann also keine Rede davon sein, dass sozialpolitische Problemlagen in QM-Gebieten ausschließlich sozial(-integrativ) bearbeitet werden, denn eine ordnungs- und sicherheitspolitische „Aktivierung“ ist ebenso präsent. Doch auch unabhängig von polizeilichen Strategien greifen im Quartiersmanagement ordnungspolitische Grundhaltungen Raum. Das QM-Team am Kottbusser Tor beschreibt in Interviews die „erreichte ‚Verbesserung‘ von Sauberkeit und Sicherheit als seinen größten Erfolg“ (Fritsche 2003: 84, Hervorh. im Original) und trägt die Verantwortung dafür, dass die „bis dahin offenen Blockinnenhöfe im GSW-Bestand [die dortige städtische Wohnungsbaugesellschaft, V.E.] geschlossen“ (ebd.) und so quasi zu QM-eigenen *gated communities* wurden. Das Quartiersmanagement richtete Concierge-Projekte ein, die auch regelmäßige Kontrollgänge durchführen, und „am Zentrum Kreuzberg nahm, unterstützt und teilweise auch finanziert durch das QM-Team, ein Sicherheitsdienst seine Arbeit auf“ (ebd.; vgl. Monsees 2003).¹³ Fritsche (2003: 85) betont, dass die MitarbeiterInnen des Quartiersmanagement aus ihrer Sicht „auftragsgemäß auf den Vorschlag des Mieterbeirats“ zur Einrichtung eines solchen Dienstes zu reagieren hatten, sich aber weder um die (Meinung der) 127 sonstigen Vereine im Quartier, noch um die Netzwerke zwischen den mehrheitlich türkischen Gewerbetreibenden kümmerten: „Sie werden als unerheblich, teilweise auch als nicht funktionsfähig eingestuft“ (ebd.: 88f.).

Im QM-Gebiet Pankstraße im Wedding beschlossen im Jahr 2003 die dortige Kiez-AG und das Quartiersmanagement, ebenfalls gegen das dortige Trinkermilieu vorzugehen und – „die Polizei sprach Platzverweise aus und kontrollierte verstärkt“ (Schuster 2003: 12) – sämtliche Stadtmöbel sowie

13 Das sind keine Spezialitäten Berliner QM-Gebiete, sondern derartiges ist auch in anderen Städten *en vogue*; vgl. den *Bürgerservice Hamburg* (unter: www.sozialestadt.de/praxisdatenbank) oder den Concierge-Dienst in Lübeck (Pfeiffer et al. 2003).

„sämtliche Hochbeete mit Pergolen und Bepflanzungen“ zu entfernen: „Es gibt keine Rückzugsräume mehr für die Alkoholiker, sie werden sich dort nicht mehr wohl fühlen“, erklärt die Quartiersmanagerin, die zuständige Baustadträtin „befürwortet den Umbau“ (ebd.). Die Liste ließe sich (beliebig) fortsetzen.

In drei weiteren QM-Gebieten Berlins arbeiten auf Antrag bzw. in Zusammenarbeit mit den Quartiersmanagements kommerzielle Sicherheitsdienste, in fünf Quartieren sind Sonderorganisationen der Polizei aktiv.¹⁴ Für alle Quartiere sind Schwerpunktgruppen aus den seit Herbst 2004 tätigen 300 Außendienstmitarbeitern in den neu geschaffenen Ordnungsämtern im Aufbau – jeweils 11 Doppelstreifen pro Bezirk plus 36 zusätzliche Kräfte für so genannte Schwerpunktbezirke, die in der lokalen Presse und in den parlamentarischen Debatten als „Kiezpolizei“ bezeichnet werden. Die Ausrüstung umfasst einen Schlagstock, zudem Pfefferspray, Datenerfassungsgeräte, Fotokameras und Mobiltelefone – schmutzige Uniform inklusive (Eick 2004c). Wenn Krummacher et al. (2003b: 573) mit Blick auf das Quartiersmanagement schreiben, das

„Programm nährt [...] den Verdacht, dass es in erster Linie nicht auf die Unterstützung der Lebensbewältigung, son-

14 Im Frühjahr 2004 legt die Berliner Polizei (Stab 111) zudem eine Liste so genannter *Problemorientierter Kieze* vor, die die Ausländeranteile der Quartiere mit „kiezbezogenen Delikten“ korreliert; da die Polizeikollegen im Ostteil der Stadt nicht befragt wurden, sind nach diesen Kriterien sieben der zwölf Westberliner Quartiere zu problemorientierten Kiezen der Polizei geworden (Stab des Polizeipräsidenten 2004). Der zuständige Innensenator, Dr. Ehrhart Körting (SPD), bestätigt in der Ausschusssitzung für Inneres, Sicherheit und Ordnung „1. Die Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Quartiersmanagement werde von den jeweiligen Polizeiabschnittsleitern als präventives Instrument durchweg positiv eingeschätzt. Das Quartiersmanagement dürfe folglich nicht Einsparmaßnahmen zum Opfer fallen. 2. In den Problemkiezen sei verstärkt Polizeipräsenz notwendig“ (Abgeordnetenhaus von Berlin 2004: 4).

dern auf die Ruhigstellung ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen abzielt und – falls die erhofften Erfolge ausbleiben – auf die ordnungspolitische Befriedung der in der gespaltenen Stadt dauerhaft ausgegrenzten Interessen“,

dann ist eine solche Bewertung – bei aller gebotenen Zurückhaltung – zumindest für Berlin wohl (mittlerweile) auch als *Understatement* zu bezeichnen. Ein Blick in die Praxisdatenbank des Deutschen Institut für Urbanistik (DIfU), die insgesamt 321 Einträge ausweist,¹⁵ zeigt zudem, dass das Thema auch bundesweit von Relevanz im Quartiersmanagement ist: 42 Treffer für den Begriff „Sicherheit“,¹⁶ sieben für „Sauberkeit“, 34 für „Ordnung“.

Noch auf eine weitere „Innovation“ im Quartiersmanagement muss hingewiesen werden: Aus einer Internet-Recherche und Befragung unter den Quartiersmanagern nämlich geht hervor, dass in neun der 17 Berliner QM-Gebiete in Zusammenarbeit mit Beschäftigungsträgern lokale Sicherheits- und Ordnungstreifen aufgebaut worden sind, die unter Begriffen wie „Green Cops“, „Kiezläufer“ und „Platzmeister“ Eingang auch in die TV-Öffentlichkeit gefunden haben (vgl. Tabelle 4, ZDF 2004); vergleichbare Projekte finden sich auch in anderen (Groß-)Städten.

Es handelt sich also keineswegs um eine Besonderheit des Berliner Quartiersmanagement (vgl. bereits Fußnote 13) oder Beschäftigungspolitik, sondern die Verbindung von aktivierender Beschäftigungspolitik mit ordnungs- und sicherheitspolitischen Aufgabenfeldern ist strukturell sowohl in die lokale Beschäftigungspolitik wie in die Logik des Quartiersmanagement eingeschrieben. Das in mindestens zweierlei Hinsicht: Zum einen ist Beschäftigungspolitik auf dem Zweiten Arbeitsmarkt – bei allen (gewollten) Überlappungen im Detail – darauf angelegt, keine Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt zu verdrängen und insofern sind die Lokalverwal-

15 Vgl. www.sozialestadt.de/praxisdatenbank/ (Zugriff: 30. Juni 2004).

16 Der Begriff „Sicherheitsgefühl“ erbringt zum selben Zeitpunkt 13 Treffer.

Tabelle 4: Lokale Sicherheits- und Ordnungstreifen in Berliner Quartiersmanagementgebieten

Quartiersmanagementgebiete	Bezirk	Name, Anzahl (Träger)	Weitere Ordnungstreifen*
Wrangelkiez	Kreuzberg	„Green Cops“, k.A. (Jahreszeiten gGmbH)	Operative Gruppe (OG) „SO 36“ (Polizei)
Neues Kreuzberger Zentrum***	Kreuzberg	„Kiezläufer“, 11 (Internationaler Bund e.V.)	OG „SO 36“ (Polizei); SEZ „U7“ (Polizei)**; TS Security GmbH; Concierge-Dienst
Boxhagener Platz	Friedrichshain	„Platzmeister“, k.A. (ABS Brücke gGmbH)	
Magdeburger Platz	Tiergarten		
Beusselstraße***	Tiergarten	„Kiezläufer“, 4 (Berlin macht mit e.V.)	
Sparrplatz/ Sprengelkiez	Wedding		
Soldiner Straße/ Wollankstraße	Wedding	„Kiezläufer“, 2**** (Berlin macht mit e.V.)	
Leopoldplatz (Pankstraße)	Wedding	„Kiezläufer“, 12 (Berlin macht mit e.V.)	
Helmholtzplatz***	Prenzlauer Berg	(Berlin macht mit e.V.)	
Falkplatz	Prenzlauer Berg		
Wohnen am Kleist- park (Schöneberg- Nord)***	Schöneberg	65 (Internationaler Bund)	Präventionsrat; Gegen- bauer-Bosse Sicher- heitsdienste GmbH; OG „Potse“ (Polizei)
Marzahn-Nord	Marzahn		Concierge-Dienst; Secu- ritas GmbH
Oberschöneweide	Köpenick		
Schillerpromenade	Neukölln		
Sonnenallee, High-Deck-Siedlung	Neukölln	2	
Rollberg-Siedlung	Neukölln	2 (BEQUIT gGmbH)	SEZ „U7“ (Polizei)**
Reuterkiez	Neukölln	(pro futura e.V.)	

Sicherheits-, Sauberkeits- und Ordnungsdienste werden vor allem über Beschäftigungsmaßnahmen finanziert: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und/oder über Hilfe zur Arbeit (HzA) nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Auch private Sicherheitsdienste, ggf. im Verbund mit Beschäftigungsmaßnahmen, sind in den Quartiersmanagement-Gebieten tätig; neu: 1-Euro-Jobs.

* Einsatz von insgesamt etwa 300 so genannten „Kiezpolizisten“ der Ordnungsämter seit 1. September 2004

** SEZ = Sondereinsatzzug

*** zugleich „gefährlicher Ort“ nach dem Berliner „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG)

**** Finanziert aus den – inzwischen abgeschafften – Quartiersfonds

Quellen: Senatsverwaltung für Wirtschaft 2002; eigene Recherchen; vgl. Eick 1998; 2003a; b; Eick et al. 2004; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2003

tungen und beschäftigungspolitisch aktiven Nonprofits permanent in der existenziellen Pflicht, neue Betätigungsfelder zu erschließen (vgl. dazu Eick et al. 2004: 175 ff.); Längst sind daher die Einsatzfelder nicht mehr nur auf das klassische „Laubfegen“ beschränkt, sondern haben sich auf alle denkbaren Hilfstätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung, in Krankenhäusern, Kindergärten, in gemeinnützigen Organisationen und eben auch im SOS-Bereich ausgeweitet. Letztgenannte Dienstleistungen wurden schon in den frühen 1990er Jahren von Nonprofits „entdeckt“ und in das Quartiersmanagement inkorporiert worden, sind aber, wie oben erwähnt, nur unzureichend dokumentiert. Bisher existiert keine Einigkeit – weder in der Fachliteratur noch in der Politik –, was unter dem neu eingeführten Instrument des Quartiers- oder Stadtteilmanagements genau zu verstehen ist (vgl. Eick et al. 2004: 51 ff.). Das eröffnet vor Ort zwar die Chance, eine eigenständige innovative Praxis zu entwickeln, führt jedoch an vielen Stellen auch zu Reibungsverlusten, widersprüchlichen Aufgabenstellungen bis hin zu Ausgrenzungsprozessen von Teilen der Quartiersbevölkerung und Initiativen, die in dem Versuch, städtische Räume aufzuwerten und für wirtschaftliche Aktivitäten attraktiver zu gestalten, als unbequem oder störend begriffen werden. Zudem ist das Quartiersmanagement in die Neoliberalisierungsprozesse bundesrepublikanischer Städte insgesamt eingebunden und sieht sich entsprechend damit konfrontiert, *Containment*- und Ausgrenzungsprozesse – ggf. mit Beschäftigungsmaßnahmen – umsetzen zu müssen (für weitere Beispiele vgl. Bürgerschaft Hamburg 2002: 8, 10 f.; DIfU 2003: 124, Fn 95; Mayer 2004: 28, 33; Krummacher 2005; passim).

Glaubt man den diversen Internet-Selbstdarstellungen des QM, dann sind die genannten Alternativ-Sicherheitsdienste, die keine hoheitlichen Rechte haben, entweder durch ABM/SAM oder Maßnahmen nach dem BSHG wie die gemeinnützige zusätzliche Arbeit (gZA) finanziert oder wurden aus den – inzwischen wieder abgeschafften – Berliner Quartiersfonds bezahlt (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2003: 129 f., 165 ff., 191 f.; vgl. Eick et al. 2004: 194). Sie sollen, so beschreibt es ein Quartiersmanager, Hundehalter

„zur Einhaltung des Leinenzwangs auffordern, Alkohol-konsumenten in den Grünanlagen auf Sauberkeit und Lärmvermeidung hinweisen [...], Spritzen einsammeln, durch Präsenz Vandalismus verhindern [...], gewalttätige Auseinandersetzungen versuchen zu schlichten, durch Präsenz Kriminalität verhindern.“ (Wauer 2002: 1 f.)

Die in diesen Alternativ-Polizeien Beschäftigten stammen zum Teil aus dem jeweiligen Quartier, in einigen Quartieren werden die Leistungen dieser Dienste evaluiert, deren Ergebnisse sind aber öffentlich nicht zugänglich. Gleichwohl sollen abschließend die beschriebenen Sicherheits- und Ordnungsbe-mühungen des Quartiersmanagement gewürdigt werden.

Das Bund-Länder-Programm als „Methode des Regierens“

In Analogie zu Nikolas Rose kann man Quartiersmanagement als Regierungsform, als eine „Methode des Regierens“ (Rose 1996: 335, Hervorh. im Original) beschreiben, die auf die Etablierung eigenverantwortlicher, sich selbst regierender Gemeinschaften zielt. Zahlreiche lokalstaatliche Programme der jüngeren Vergangenheit

„attempt to ‚empower‘ the inhabitants of particular inner-city locales by constituting those who reside in a certain locality as ‚a‘ community, by seeking out ‚community groups‘ who can claim to speak ‚in the name of community‘ and by linking them in new ways into the political apparatus in order to enact programmes which seek to regenerate the economic and human fabric of an area“ (Rose 1996: 336, Hervorh. im Original).

Im Zusammenspiel mit einem neoliberalen Ethos, der individuelle Freiheit und Wahl, Chancengerechtigkeit, eigenverant-

wortliches Handeln, Eigeninitiative und einer „*secondary gratification in doing their duty*“ (Ehrke 1999: 10) für die so genannten Benachteiligten in den Mittelpunkt der neuen lokalen *Governance*-Regime stellt, ist Quartiersmanagement so ein (letztes) Angebot an die BewohnerInnen „abgehängter“ Stadtquartiere, sich selber aus dem Sumpf (selbstverschuldeter) Armut und Abhängigkeit zu ziehen. Der Auftrag an professionelle Träger, die soziale Lage in den „benachteiligten“ Quartieren durch *Empowerment* der BewohnerInnen zu stabilisieren, eine Ressort und Institutionen übergreifende Zusammenarbeit anzuregen sowie durch Interaktion den Prozess der Verwaltungsmodernisierung zu beschleunigen, kann daher als Versuch des (Lokal-)Staats charakterisiert werden, eine „Zivilgesellschaft von oben“ (Lanz 2000) zu etablieren. In dem Bemühen, durchaus erkannte, aber systematisch de-thematisierte neoliberale Verwüstungen auf Quartiersebene abzufedern, stellt Quartiersmanagement zugleich ein Instrument zur Durchsetzung und Absicherung eines lokalpolitisch flankierten Sozialstaatsumbaus (Krummacher et al. 2003a; vgl. Eisen-schitz/Gough 1996) à la Hartz dar. Beim Bund-Länder-Programm handelt es sich mithin eher um ein paternalistisches Modellprogramm, das – eingebunden in eine zunehmend punitive lokale Sozialstaatlichkeit – die Funktionsfähigkeit des so restrukturierten Lokalstaats und den Gehorsam der QuartiersbewohnerInnen optimieren soll.

In der lokalen Sicherheitspolitik entsteht derzeit durch den Einsatz der Nonprofit-Sicherheitsdienste ein neuer, ordnungspolitisch agierender Akteur im öffentlichen Raum. Die Beschäftigung von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern durch Nonprofits in Projekten im Ordnungs- und Sicherheitsbereich leistet einen Beitrag zu einer neuen, hoch problematischen „*culture of control*“ (Garland 2001). Die sich in einigen Quartieren herausbildenden Kontrollregime stellen dabei auch insoweit eine brisante Entwicklung dar, als hier Nonprofits in die lokale Sicherheitsproduktion eingebunden werden, ohne dass deren Legitimation geklärt oder entsprechende formale Qualifikationen nachgewiesen sind. Weiter beginnen sich unter Überschriften wie „Integration benachteiligter Gruppen“ oder „Stabilisierung benachteiligter Quartiere“ Strukturen

herauszubilden, die auf ein „*poor policing the poor*“ hinauslaufen (Eick 2003a). Nonprofits agieren als Quasi-Polizeientagenturen, betreiben eine *Containment*-Politik gegen Armutspopulationen, weisen diesen damit spezifische Räume zu und vertreiben sie aus anderen (vgl. Ronneberger et al. 1999). Angesichts sich verschärfender sozialpolitischer Problemlagen und vor dem Hintergrund einer aktivierenden sozialen Arbeit, in der sich die Quartiersmanagements zunehmend als ordnungs- und sicherheitspolitisch aktivierend verstehen (wollen), greift selbst eine – an sich schon deutlich kritische – Haltung zu kurz, die dem aktivierenden Sozialstaat zuschreibt, ihm ginge es um Fördern, Fordern, Fallen lassen (Dahme et al. 2003: 10). Das bisher vorliegende Material zeigt jedenfalls, dass Aktivierung im Quartiersmanagement auch schlichter als Erfassung, Ermahnung und gegebenenfalls Exklusion „Überflüssiger“ zusammengefasst werden kann.

Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin (Hg., 2004): Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, „Ghettos“ in Berlin – Welche Konsequenzen zieht der Innensenator aus seiner Problembeschreibung einzelner Berliner Kieze? Inhaltsprotokoll. InnSichO 15 (37), Berlin.
- Alisch, Monika (Hg., 1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen: Leske + Budrich.
- Alisch, Monika (1999): Quartiersmanagement als Qualitätsbegriff (Vortrag vom 9. November am Institut für Städtebau, Ms.), Berlin.
- Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Walter/Zimmer, Annette (Hg., 1997): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel, Berlin: edition sigma.

- ARGE BAU (Hg., 2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.), Programmgrundlagen (Bd. 3), Abschnitt 3, Berlin: Selbstverlag.
- Becker, Heidede/Löhr, Rolf-Peter (2000): „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. Aus Politik und Zeitgeschichte (10-11), S. 22-29.
- Beste, Hubert (2001): Zonale Raumkontrolle in Frankfurt a.M. im ausgehenden 20. Jahrhundert. In: Martin Dinges/ Fritz Sack (Hg.), Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter zur Postmoderne, Konstanz: Universitätsverlag, S. 333-353.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (Hg., 2002): Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe, Oxford: Blackwell.
- Brenner, Neil/Jessop, Bob/Jones, Martin/MacLeod, Gordon (Hg., 2003): State/Space. A Reader, Oxford: Blackwell.
- Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hg., 1996): Unternehmen Globus. Facetten nachfordistischer Regulation, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg., 2002): Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung. Vierter Bericht über die Umsetzung (Drucksache 17/1407), Hamburg: Selbstverlag.
- Bueß, Peter (1998): Private Sicherheitsdienste. Zur Tätigkeit freier Unternehmer auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Stuttgart: Boorberg.
- Campbell, Mike (1999): The Third System, Employment, and Local Development. Synthesis Report (Vol. 1), Brüssel: Selbstverlag.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2002): Der Aktivierende Staat. neue praxis (1), S. 10-32.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hg., 2003): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen: Leske + Budrich.
- DIfU (Hg., 2002): Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“, Berlin: Selbstverlag.
- DIfU (Hg., 2003): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Pro-

- gramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin: Selbstverlag.
- Dinges, Martin/Sack, Fritz (Hg., 2000): *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne*, Konstanz: Universitätsverlag.
- Dolif, Nicole (2004): Hartz IV – Polizei soll Arbeitsagenturen schützen. In: *Die Welt* vom 16. Juli 2004, www.welt.de/data/2004/07/16/306152.html (Zugriff: 23. Mai 2005).
- Dreher, Gunther/Feltes, Thomas (Hg., 1997): *Das Modell New York: Kriminalprävention durch „Zero Tolerance“? Beiträge zur aktuellen kriminalpolitischen Diskussion*, Holzkirchen: Felix Verlag.
- Ehrke, Michael (1999): *Revisionism Revisited. The Third Way and European Social Democracy*, Bonn: Selbstverlag.
- Eick, Volker (1998): Neue Sicherheitsstrukturen im „neuen“ Berlin. „Warehousing“ öffentlichen Raums und staatlicher Gewalt. *Prokla* 110 (1), S. 95-118.
- Eick, Volker (2001): Land unter in Neukölln? Die Wohnungsbau-gesellschaft Stadt und Land spielt „Soziale Stadt“. *Berliner MieterEcho* (285), S. 20-21.
- Eick, Volker (2003a): New Strategies of Policing the Poor: Berlin's neo-liberal security system. *Policing & Society* 13 (4), S. 365-379.
- Eick, Volker (2003b): „Und das ist auch gut so ...“ Polizieren im Berlin des 21. Jahrhunderts. In: Sylke Nissen (Hg.), *Kriminalität und Sicherheitspolitik. Analysen aus London, Paris, Berlin und New York*, Opladen: Leske + Budrich, S. 67-88.
- Eick, Volker (2004a): „Wenn Ihr einen schönen Tag haben wollt, müsst Ihr lächeln [...]“ Zur Rolle von ABM-Ordnungsdiensten in der lokalen Sicherheitsproduktion. In: Gisbert van Elsbergen (Hg.), *Von Wachen, Patrouillen und anderen gesellschaftlichen Kontrollinstanzen*, Opladen: Leske + Budrich, S. 133-154.
- Eick, Volker (2004b): Kiez war Millionär. Was mit den Kiez-millionen des Berliner Quartiersmanagements geschah. *Berliner MieterEcho* (305), S. 10-11.

- Eick, Volker (2004c): Kommando Bürgernähe. Die Kiezpolizei auf dem Weg in die Quartiere. *Berliner MieterEcho* (305), S. 14-15.
- Eick, Volker (2005a): Kommunale Kriminalpolitik zwischen Kommerzialisierung und Community. www.labournet.de/branchen/dienstleistung/allg/eick.pdf (Zugriff: 24.5.2005).
- Eick, Volker (2005b): „Ordnung wird sein ...“ Quartiersmanagement und lokale Sicherheitspolitik. In: Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt (Hg.), *Aktivierende Soziale Arbeit. Konzepte – Handlungsfelder – Fallbeispiele, Höhengehren*: Schneider, S. 110-122.
- Eick, Volker (2005c): Kriminalpolitik und Privatisierung öffentlicher Räume. In: Hans-Jürgen Lange (Hg.), *Kriminalpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Eick, Volker/Mayer, Margit/Grell, Britta/Sambale, Jens (2004): *Nonprofit-Organisationen und die Transformation der lokalen Beschäftigungspolitik*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Eisenschitz, Aram/Gough, Jamie (1996): The Contradictions of Neo-Keynesian Local Economic Strategy. *Review of International Political Economy* 3 (3), S. 434-458.
- Elsbergen, Gisbert van (Hg., 2004): *Von Wachen, Patrouillen und anderen gesellschaftlichen Kontrollinstanzen. Kustodialisierung der Inneren Sicherheit*, Opladen: Leske + Budrich.
- empirica (Hg., 2003): *Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002* (Zusammenfassung und Empfehlung), Berlin: Selbstverlag.
- Expertenkommission Staatsaufgabenkritik (2001): *Zweiter Zwischenbericht. Vorschläge für den Bereich der Polizei*. In: Rolf Stober (Hg.), *Jahrbuch des Sicherheitsgewerbeerichts 2001*, Köln: Heymann, S. 195-213.
- Franke, Thomas (2003): Quartiersmanagement – Schlüsselinstrument integrierter Stadtteilentwicklung. In: DiFU (Hg.), *Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin: Selbstverlag, S. 170-191.
- Franke, Thomas/Grimm, Gaby (2001): Quartiermanagement: Systematisierung und Begriffsbestimmung. In: *Netzwerkknoten Quartiermanagement* (Hg.), Quartiermanagement.

- Ein strategischer Ansatz der Stadt(teil)entwicklung. Organisationsmodell und Praxisbeispiele. www.edoc.difu.de/orlis/DP1193.pdf (Zugriff: 4. Juli 2005).
- Franke, Thomas/Löhr, Rolf-Peter (2000): Überlegungen zum Quartiersmanagement. *Soziale Stadt* (info 2), S. 2-4.
- Friedmann, John/Wolff, Goetz (1982): World City Formation: An agenda for research and action. *International Journal for Urban and Regional Research* 6 (3), S. 309-344.
- Fritsche, Miriam (2003): Neues Regieren im Quartier? Das Beispiel Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg, (FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, unveröff. Diplomarbeit), Berlin.
- Gangway e.V. (Hg., 1997): *Streetwork und Professionalität (Dokumentation einer Fachtagung zu Leistungsprofilen von Streetwork vom 15.-19. November 1996)*, Berlin: Selbstverlag.
- Garland, David (2001): *The Culture of Control*, Oxford: Blackwell.
- Grimm, Gaby (2004): *Stadtteilentwicklung und Quartiermanagement. Entwicklung und Aufbau lokalspezifischer Organisations- und Steuerungsstrukturen*, Essen: Klartext.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*, Oxford: Oxford University Press.
- Hausmann, Christopher/Hornbostel, Stefan (1997): Von der Volkspolizei lernen oder: Wie neu ist die Kommunale Kriminalprävention. In: Helmut Kury (Hg.), *Konzepte Kommunaler Kriminalprävention*, Freiburg/Brsg.: edition iuscrim, S. 563-578.
- Hinte, Wolfgang (1998): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren – Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Monika Alisch (Hg.), *Stadtteilmanagement*, Opladen: Leske + Budrich, S. 153-170.
- Hirsch, Joachim (2002): *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg: VSA.
- Hitz, Hansruedi/Keil, Roger/Lehrer, Ute/Ronneberger, Klaus/Schmid, Christian/Wolff, Richard (Hg., 1995): *Cap-*

- tales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich, Zürich: Rotpunkt.
- Hitzler, Ronald (1994): Die neuen Vigilanten. Über Formen der Bewältigung alltäglicher Verunsicherung. Bürgerrechte & Polizei/CILIP 48 (2), S. 67-71.
- Holm, Andrej (2001a): „Behutsame Verdrängung“ am Helmholtzplatz: Ausgrenzung im Aufwertungsgebiet. Trinker, Punks und Obdachlose im Zangengriff von Polizei, Sozialarbeit und Quartiersmanagement. Berliner MieterEcho (286), S. 8-9.
- Holm, Andrej (2001b): Ausgrenzende Einbeziehung – Flexible Kontrollstrategien am Helmholtzplatz. Berliner MieterEcho (288), S. 8-10.
- Hübner, Kurt (1989): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Berlin: edition sigma.
- IHK Berlin (2002): Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizei in Berlin, dem Arbeitskreis für Unternehmenssicherheit Berlin-Brandenburg (AKUS) und privaten Sicherheitsdiensten (8. März, Ms.), Berlin.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State, Cambridge: Polity Press.
- Jones, Trevor/Newburn, Tim (1998): Private policing and public security, Oxford: Clarendon Press.
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hg., 2004): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit, Wiesbaden: VS Verlag.
- Krummacher, Michael 2005: Sicher – Sauber – Schön. Die „Soziale Stadt“ im Sozialstaatsumbau (Vortrag in der Forschungswerkstatt der Evangelischen Fachhochschule Bochum), Bochum.
- Krummacher, Michael/Kulbach, Roderich/Waltz, Viktoria/Wohlfahrt, Norbert (2003a): Soziale Stadt, Sozialraumentwicklung, Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und soziale Arbeit, Opladen: Leske + Budrich.
- Krummacher, Michael/Kulbach, Roderich/Waltz, Viktoria/Wohlfahrt, Norbert (2003b): Soziale Stadt, Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement. Revitalisierung lokaler

- Sozialpolitik oder lokalpolitisch flankierter Sozialstaatsabbau. neue praxis (6), S. 569-584.
- Kürpick, Susanne/Murböck, Marion 1997: Kriminalprävention in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (ILS-Schriften 124), Dortmund: Selbstverlag.
- Kury, Helmut (Hg.) 1997: Konzepte Kommunalen Kriminalprävention, Freiburg/Brsg.: edition iuscrim.
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hg., 2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund: Selbstverlag.
- Lanz, Stephan (2000): Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft. Widersprüche 20 (78), S. 39-52.
- Lehne, Werner (1998): Kommunale Kriminalprävention. Die Reorganisation des Politikfeldes „Innere Sicherheit“. In: Ronald Hitzler/Helge Peters (Hg.), Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse, Opladen: Leske + Budrich, S. 113-130.
- Lessenich, Stefan (2002): Der Arme in der Aktivgesellschaft. Zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“ (Habilitationvortrag vor der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität, 19. Juni), Göttingen.
- Lindenberg, Michael (2000): Zwischen sicher sein und sich sicher fühlen. Kommunale Hilfsdienste als Geburtshelfer für verdichtete städtische Gemeinschaften? Widersprüche 20 (76), S. 37-49.
- Mahlberg, Lothar (1988): Gefahrenabwehr durch gewerbliche Sicherheitsunternehmen. Schriften zum Öffentlichen Recht 532, Westberlin: Duncker & Humblot.
- Maloutas, Thomas/Malouta, M. Pantelidou (2004): The Glass Menagerie of Urban Governance and Social Cohesion: Concepts and Stakes/Concept as Stakes. International Journal of Urban and Regional Research 28 (2), S. 449-465.
- Mayer, Hans-Norbert (2004): Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm – Zwischenevaluation 2003 in acht Quartieren (Gutachten), Oldenburg/Hamburg: Selbstverlag.
- Mayer, Margit (2003): The Onward Sweep of Social Capital: Causes and consequences for understanding cities, commu-

- nities and urban movements. *International Journal of Urban and Regional Research* 27 (1), S. 110-132.
- McArdle, Andrea/Erzen, Tanya (Hg., 2001): *Zero Tolerance. Quality of Life and the New Police Brutality in New York City*, New York/London: New York University Press.
- Monsees, Lothar (o.J. [2003]): Kotti-Guards streifen durch das Quartier. In: *Quartierkurier*, Ausgabe VII: 2, www.kottbusserter-quartier.de/easytool/index/17/11 (Zugriff: 19. Mai 2004).
- Nitz, Gerhard (2000): *Private und öffentliche Sicherheit*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Nogala, Detlef (1995): Was ist eigentlich so privat an der Privatisierung sozialer Kontrolle? In: Fritz Sack/Michael Voß et al. (Hg.), *Privatisierung staatlicher Kontrolle: Befunde, Konzepte, Tendenzen*, Baden-Baden: Nomos, S. 234-260.
- Olschok, Harald (2004): Entwicklung und Perspektiven des Wach- und Sicherheitsgewerbes auf nationaler und europäischer Ebene. In: Rolf Stober/Harald Olschok (Hg.), *Handbuch des Sicherheitsgewerberechts*, München: Beck Juristischer Verlag, S. 13-34.
- Ortner, Helmut/Pilgram, Arno/Steinert, Heinz (Hg., 1998): *New Yorker „Zero-Tolerance“-Politik. Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie*, Baden-Baden: Nomos.
- Ottens, Reinhard W./Olschok, Harald/Landrock, Stephan (Hg., 1999): *Recht und Organisation privater Sicherheitsdienste in Europa*, Stuttgart: Boorberg.
- Peck, Jamie (2001): *Workfare States*, London/New York: Guilford.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. *Antipode* 34 (3), S. 380-404.
- Pfeiffer, Ulrich/Krings-Heckemeier, Marie-Therese/Faller, Bernhard/Hof, Gabriele (2003): *Good practice in Neubaugebieten. Teil III: Fallstudien – Langfassung*, Lübeck-Hudekamp, Bonn: Selbstverlag.
- Pitschas, Rainer (2000): *Polizei und Sicherheitsgewerbe. Rechtsgutachten zu verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Aspekten der Aufgabenverteilung zwischen Polizei und privaten Sicherheitsunternehmen*. BKA Forschungsreihe (50), Wiesbaden: Selbstverlag.

- Pütter, Norbert (2002): Kommunalpolitik als Kriminalpolitik. Über die Verwandlung des Politischen in der Präventionsgesellschaft. In: Rainer Prätorius (Hg.), Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent, Baden-Baden: Nomos, S. 64-79.
- Ronneberger, Klaus/Lanz, Stephan/Jahn, Walther (1999): Die Stadt als Beute, Bonn: Dietz.
- Rose, Nikolas (1996): The Death of the Social? Re-figuring the Territory of Government. *Economy and Society* 25, S. 327-356.
- Sack, Fritz/Voß, Michael/Frehsee, Detlev/Funk, Albrecht/Reinke, Herbert (Hg., 1995): Privatisierung staatlicher Kontrolle: Befunde, Konzepte, Tendenzen (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat 3), Baden-Baden: Nomos.
- Sassen, Saskia (1991): *The Global City*. New York, London, Tokyo, Princeton: Princeton University Press.
- Shearing, Clifford/Stenning, Philip (1983): Private security: Implications for social control. *Social Problems* 30 (5), S. 493-506.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina. (2002): Vorbeugen ist besser als Bestrafen. Das Programm „Soziale Stadt“ holt alle mit ins Boot. *der städtetag* (11), S. 23-26.
- Schuster, Sabine (2003): Utrechter Platz. Aufwerten durch Abräumen. *Berliner MieterMagazin* (6), S. 12-13.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hg., 1999): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin: Selbstverlag.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hg., 2003): „Kiez wird Millionär“. Eine Übersicht über alle von den Bürgerjürs bewilligten und realisierten Quartiersfondsprojekte in den 17 Berliner Quartiersmanagementgebieten (Juli), Berlin: Selbstverlag.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (Hg., 2002): Transparentbericht 2001 (Excel-Datenbank, unveröff.), Berlin.
- Spindler, Helga (2003): „Überfordern und überwachen“. Der restriktive Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. *Sozial extra* (8/9), S. 11-14.

- Stab des Polizeipräsidenten (2004): Problemorientierte Kieze in Berlin (St 111), Berlin.
- Stober, Rolf/Olschok, Harald (Hg., 2004): Handbuch des Sicherheitsgewerberechts, München: C.H. Beck.
- Swyngedouw, Eric (1997): Neither Global nor Local: „Glocalization“ and the Politics of Scale. In: Kevin Cox (Hg.), Spaces of Globalization: Reasserting the Power of the Local, New York: Guilford, S. 137-166.
- Völker, Wolfgang (2005): Arbeitsmarktpolitik. In: Norbert Wohlfahrt/Heinz-Jürgen Dahme (Hg.), Aktivierende Soziale Arbeit. Konzepte – Handlungsfelder – Fallbeispiele (Reihe „Grundlagen der Sozialen Arbeit“ 11), Hohengehren: Schneider.
- Walther, Uwe-Jens (Hg., 2002): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen: Leske + Budrich.
- Wauer, Brita (2002): Kiezläufer für das Quartier Reinickendorfer/Pankstraße (Oktober), www.pankstraesse-quartier.de/easytool/index/397/ (Zugriff: 26. Mai 2004).
- Wiesch, Lena Schulz zur (2002): Ein Platz für Alle. Quartiersmanagement am Helmholtz-Platz in Berlin-Prenzlauer Berg (HU Berlin. Institut für Sozialwissenschaften, unveröff. Diplomarbeit), Berlin.
- ZDF (2004): Mal Sheriff, mal Sozialarbeiter. Berliner Kiezläufer unterwegs „auf Streife“, unter: www.zdf.de/ZDFde/druckansicht/0,1986,2066391,00.html (Zugriff: 26. Mai 2004).